

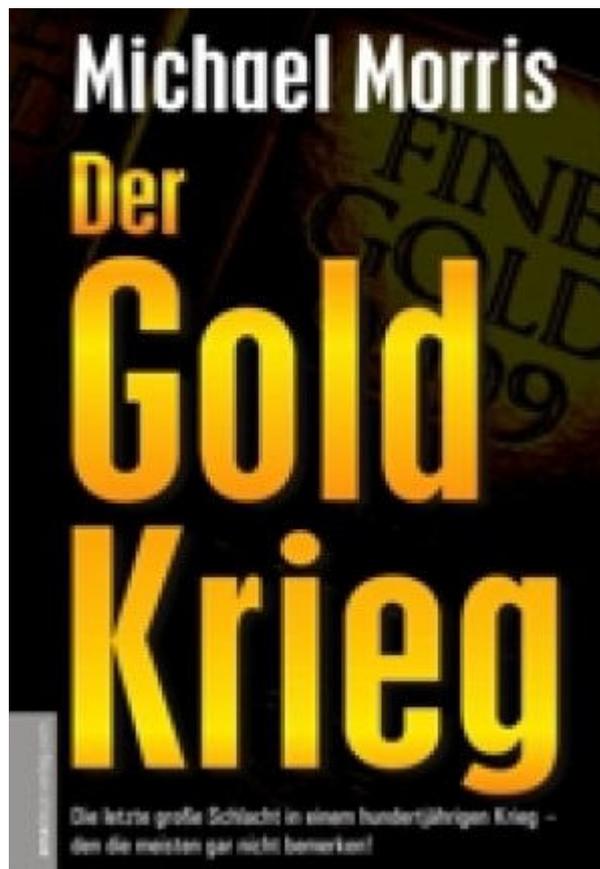
Das staatliche Geldmonopol und der „Große Reset“

dieunbestechlichen.com/2021/04/das-staatliche-geldmonopol-und-der-grosse-reset/

Das ungedeckte Papiergeldsystem – man kann es auch als Fiat-Geldsystem bezeichnen – ist wirtschaftlich und sozial äußerst problematisch. Es verursacht Schäden, die vermutlich weit über die Vorstellungen der meisten Menschen hinausgehen. Beispielsweise ist das Fiat-Geld inflationär; es begünstigt einige wenige auf Kosten vieler; es verursacht Konjunkturzyklen („Boom- und-Bust“); es korrumpiert das Moral- und Wertesystem der Gesellschaft; es führt zur Überschuldung; und es läuft Gefahr, letztendlich in einem großen Desaster zu enden.

(von Thorsten Polleit)

Das *Institute of International Finance* (IIF) schätzt, dass die globale Verschuldung bis Ende 2020 auf 277 Billionen Dollar angestiegen ist – und das entspräche einem Schuldenstand von 365 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die globale Verschuldung ist in den letzten Jahren im Verhältnis zum BIP immer weiter gestiegen. Die Schulden sind also merklich schneller angeschwollen, als das BIP zugelegt hat. Der Aufbau einer übermäßigen Verschuldung im Zeitablauf, der Weg in die Überschuldung, ist eine unmittelbare Folge des Fiat-Geldsystems.



Die Zentralbanken, in enger Zusammenarbeit mit den Geschäftsbanken, senken durch das Ausweiten ihres Kreditangebots den Marktzins künstlich ab. Die Marktakteure erhalten dadurch den Anreiz, ihren Konsum zu steigern und ihre Ersparnis zu verringern. Zudem ermutigt die Zinsabsenkung zu neuen

Investitionen. Die Wirtschaft beginnt sprichwörtlich über ihre Verhältnisse zu leben. Der Einschuss von neuen Krediten, durch die die ausstehende Geldmenge erhöht wird, setzt eine wirtschaftliche „Scheinblüte“, einen „Boom“, in Gang. Doch der Boom muss in einem Bust enden.

Von der Österreichischen Konjunkturzyklustheorie lernen

Die monetäre Konjunkturtheorie der Österreichischen Schule der Nationalökonomie (ÖS) erklärt diese Zusammenhänge mit rigoroser Logik. Der Grund, dass der Boom zum Bust führt, ist, dass die Marktzinsen auf ihr ursprüngliches Niveau zurückkehren – also auf das Niveau, das vor der Ausgabe von neuen Krediten vorgeherrscht hat –, und zwar nachdem der Einschuss von neuem Kredit und Geld seine Wirkungen entfaltet hat. Wenn er die Löhne erhöht, die Kapitalkosten gesenkt und auch alle übrigen Preise erfasst hat –, dann verpufft die Wohlstandsillusion, der Wirtschaftsanschub erweist sich als einmalige Sache.

Die Marktakteure kehren zu ihrer ursprünglichen Konsum-Spar-Investitions-Relation zurück. Die Menschen verringern ihren Konsum und sparen mehr aus ihrem laufenden Einkommen. Dadurch steigen die Marktzinsen wieder auf das ursprüngliche Niveau. Die neuen Investitionsprojekte, die in Zeiten künstlich gedrückter Marktzinsen als rentabel erschienen, erweisen sich als „Flops“. Die Unternehmen beginnen, ihre Ausgaben zu drosseln, Stellen abzubauen und Vermögenswerte zu liquidieren. So schmerzhaft dieser Bust ist, so notwendig ist er, um den im Boom verursachten Überkonsum und die Fehlinvestitionen zu korrigieren, die Produktionsfaktoren gemäß der Nachfrage neu auszurichten.

Je höher die Schuldenlast einer Volkswirtschaft (desto höher also das Verhältnis der Verschuldung zum Einkommen) ist, desto problematischer wird es, wenn auf den Boom ein Bust folgt. Denn der Rückgang der Produktion verringert die Fähigkeit der Schuldner, ihre Zins- und Tilgungszahlungen leisten zu können. Hat die volkswirtschaftliche Verschuldung bereits ein hohes Niveau erreicht, kann die Rezession dazu führen, dass sehr viele Schuldner zahlungsunfähig werden. Das kann dann sogar die gesamte Schuldenpyramide zum Einsturz bringen und die Wirtschaft in eine Depression treiben.

Kritiker der monetären Konjunkturtheorie der ÖS mögen an dieser Stelle einwenden, dass das Fiat-Geldsystem trotz der gewaltigen Verschuldung, für die es gesorgt hat, weder in der Krise 2008/2009 noch in der von der Politik diktierten Lockdown-Krise 2020/2021 zusammengebrochen ist – und bedeutet das nicht, dass die Theorie falsch ist? Nein, das wäre vorschnell geurteilt. Denn wird die monetäre Konjunkturtheorie der ÖS auf reale Ereignisse angewendet, ist es wichtig (wie bei jeder anderen Theorie auch), die vorherrschenden „besonderen Umstände“ angemessen zu berücksichtigen.

Macht man das, wird deutlich, dass die Zentralbanken in den letzten Jahren die Marktzinsen immer stärker kontrollieren. Die Marktzinsen werden längst nicht mehr frei am Markt bestimmt, sondern direkt oder indirekt von den Geldbehörden diktiert. Die Zentralbanken schleusen beispielsweise die Zinsen herab durch Käufe von Schuldpapieren. Sie haben die korrigierenden Marktkräfte, die den Boom in einen Bust umschlagen lassen könnten, de facto lahmgelegt. So lässt sich der Boom länger aufrechterhalten, als viele denken. Ein Ergebnis, das der monetären Konjunkturtheorie der ÖS aber nicht widerspricht!

Wenn die Zentralbanken in den Kreditmarkt eingreifen, um die Pleite abzuwehren, dann verhindern sie, dass die bereits aufgelaufenen Fehlallokationen korrigiert werden, und sie lösen auch zusätzliche Fehlentwicklungen aus. Ausmaß und Umfang der unvermeidlichen Anpassungskrise in der Zukunft werden

folglich vergrößert. Fritz Machlup (1902–1983) hat das prägnant zusammengefasst (1934, S. 6):

Die Prosperität kann eine Zeitlang andauern. Sie dauert so lange, als es möglich ist, die Schaffung zusätzlicher Kaufkraft immer weiter fortzusetzen. Eines Tages muß es sich dann zeigen, daß es mit der Ausdehnung des Notenbankkredits nicht mehr weiter gehen kann, sei es dadurch, daß die Bevölkerung das sich entwertende Geld ablehnt, sei es, daß das Bewußtsein von der übermäßigen Inanspruchnahme von Kredit dem allzu großen Optimismus ein Ende setzt. Was dann nachfolgt, wissen alle. Es ist die Krise mit ihrer Katastrophenstimmung, mit den Verlusten, Schleuderverkäufen, Konkursen und dem Offenbarwerden einer furchtbaren Verarmung.

Eine unangenehme Wahrheit: Der Staat gedeiht durch Krisen

Eine Geldpolitik, die die „große Pleite“ mit allen Mitteln zu verhindern trachtet, spielt zudem auch noch politischen Kräften in die Hände, die die wenigen verbliebenen Reste der freien Marktwirtschaft auch noch aus der Welt schaffen wollen.

Die politisch diktierte Lockdown-Krise hat in vielen Ländern der Welt die wirtschaftliche Aktivität gebremst. Rezession, Firmenzusammenbrüche und Massenarbeitslosigkeit, aber auch ein verringertes Wachstumspotential sind die Folge. Um das ganze dramatische Ausmaß der Kosten, die die Lockdown-Krisenpolitik verursacht, vor der Öffentlichkeit zu verschleiern, verschulden sich die Regierungen bei ihren Zentralbanken. Das neue Geld, das dadurch geschaffen wird, überweisen die Regierungen als Transfer- und Unterstützungszahlungen auf die Konten der Konsumenten und Produzenten.

Eine wachsende Zahl von Menschen wird auf diese Weise abhängig gemacht von staatlichen Zuwendungen – vor allem Menschen, die bisher selbstständig oder in kleinen und mittleren Betriebe tätig waren, werden zu Bedürftigen gemacht. Es bedarf nicht viel um zu erkennen, dass diese Entwicklung den politischen Interessengruppen zugutekommt, die den Staat noch mächtiger machen, die die verbliebenen marktwirtschaftlichen Elemente im Wirtschaftssystem noch stärker zurückdrängen wollen. Sie stellt die Weichen in Richtung einer Art „neo-sozialistischen Transformation“.

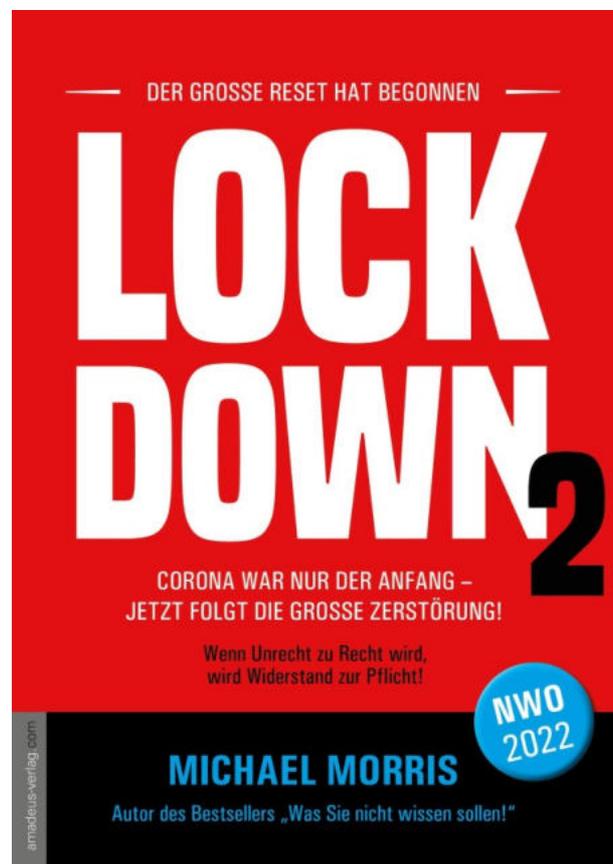
Wenn Verbraucher und Geschäftsleute großzügige finanzielle Unterstützung von der Regierung erhalten, wird ihr Widerstand gegen eine Politik, die Firmen und Arbeitsplätze vernichtet, natürlich tendenziell vermindert – im Vergleich zu einer Situation, in der diejenigen, die unter einer solchen Politik leiden, keinen finanziellen Ausgleich erhalten. Möglich wird die Finanzierung der gewaltigen Staatshilfen, weil die staatlichen Zentralbanken die Geldmenge im Interesse der Staaten beliebig ausweiten können. Durch das Anwerfen der elektronischen Notenpresse ist es dem Staat möglich, seine Macht auf Kosten bürgerlicher Rechte und der unternehmerischer Freiheiten auszuweiten.

Die Geschichte zeigt leidvoll, dass Krisen die Macht des Staates vergrößern; und auch dass es schwierig ist, dem Staat Machtbefugnisse, die er erst einmal erlangt hat, wieder zu entziehen. Und je mächtiger der Staat wird, desto mehr wird er auch von findigen Sonderinteressensgruppen – wie etwa „Big Business“, „Big Banking“ und „Big Tech“ (besser: „DeepTech“) – für ihre Zwecke eingespannt. Ein Phänomen, das in der ökonomischen Theorie als sogenanntes „Rent Seeking“, als „leistungslose Vorteilssuche“, bestens bekannt ist.

Das Problem der oligarchisierten Demokratie

Dass staatliche Macht von Sonderinteressengruppen vereinnahmt wird, zeigt sich insbesondere in Demokratien, weil Demokratien dazu tendieren, zu Oligarchien zu werden, wie der Soziologe Robert Michels (1876–1936) aufgezeigt hat. Warum ist das so? In repräsentativen Demokratien werden politische Parteien gebildet. Parteien sind Organisationen, die von den entschlossensten, machthungrigsten Menschen geführt werden. Ihnen gelingt es, zur „oligarchischen Partielite“ aufzusteigen und ihre eigene Agenda zu verfolgen, relativ unabhängig vom Willen der Parteibasis oder der Wähler.

Die oligarchisierten Partieliten beginnen zusammenzuarbeiten (über Parteigrenzen hinweg) und ebnen den Weg zu einer „oligarchisierten Demokratie“, in der letztlich die wenigen Mächtigen über die vielen Nicht-Mächtigen herrschen. Die Idee der Demokratie wird, so Robert Michels, geradezu auf den Kopf gestellt. Tatsächlich wird es in einer oligarchisierten Demokratie möglich, dass Sonderinteressengruppen, die „Eliten“, das „Establishment“, letztlich das Sagen haben und sich aufmachen, ihr favorisiertes politisches, wirtschaftliches und soziales Konzept mit vereinten Kräften durchzusetzen.



Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, die Schlagworte „Große Transformation“, „Great Reset“ und „Neue Weltordnung“ als Geistesprodukte der heutigen politischen und unternehmerischen Eliten zu deuten, die das System der freien Marktwirtschaft (beziehungsweise das, was von ihm noch übrig geblieben ist) durch eine Art Befehls- und Lenkungswirtschaft ersetzen wollen: Während die Institution des Eigentums dem Namen nach (zunächst) aufrechterhalten wird, soll es die Elite sein, die fortan darüber befindet, was die Besitzer von Eigentum mit ihrem Eigentum tun dürfen und was nicht.

In einer Befehls- und Lenkungswirtschaft würden die oligarchisierten Partieliten und die von ihnen Begünstigten effektiv diktieren, was von wem, wann, wo und zu welchen Kosten produziert wird, und wer was und wann von der Produktionsleistung abbekommt. Und es bedarf dann nur noch eines kleinen

zusätzlichen Schrittes, um die Befehls- und Lenkungswirtschaft in einen „echten“ Sozialismus zu verwandeln – dass also die oligarchisierten Parteiliten und ihre Günstlinge effektiv die Produktionsmittel besitzen. Doch ein solcher Sozialismus wäre eine Tragödie für die Menschheit.

Wir müssen das Geldmonopol des Staates beenden

Die Produktivität einer Befehls- und Lenkungswirtschaft, geschweige denn eines echten Sozialismus, wäre nicht ausreichend, um eine Weltbevölkerung von derzeit etwa 7,8 Milliarden Menschen zu ernähren, zu kleiden und zu behausen. Und es wäre zu befürchten, dass die damit verbundene Umwälzung der Eigentums- und Wirtschaftsverhältnisse den Tod von Millionen, wenn nicht von Milliarden Menschen bedeuten würde. Ludwig von Mises (1881–1973) erklärte bereits 1919 unmissverständlich: Der Sozialismus ist unmöglich, er führt zu Chaos, Verarmung, zum Totalverlust der individuellen Freiheit.

Und dennoch drängen kollektivistisch-sozialistische Ideologen und ihre Unterstützer, die den „Klimawandel“ und neuerdings die „Coronavirus-Epidemie“ politisch zu instrumentalisieren wissen, darauf, das freie Marktsystem (beziehungsweise das, was davon noch übrig ist) abzuschaffen und der Menschheit ein Befehls- und Lenkungswirtschaft oder letztlich gar ein sozialistisches Regime „unterzujubeln“. Und obwohl diese Pläne mittlerweile viele Menschen befürworten, bedeutet das noch nicht, dass der Sozialismus unvermeidlich ist – wie es marxistisch-sozialistische Denker ihrem Publikum gern weismachen wollen.

Ludwig von Mises betonte hellsichtig, dass eine friedliche und produktive Zusammenarbeit der Menschen auf nationaler und internationaler Ebene vor allem Privateigentum, ungehinderte Arbeitsteilung und Gleichheit vor dem Recht erfordert, also das System der freien Marktwirtschaft. Er wies darauf hin, dass die Gesellschaft nicht nur durch Individuen lebt und handelt, sondern dass es auch im Interesse eines jedes Einzelnen liegt, für die Verteidigung des Systems der freien Marktwirtschaft einzutreten. In seinem Werk *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus* schrieb Mises (1932, S. 479):

Die Gesellschaft ist Menschenwerk. ... Ob sie sich fortentwickeln soll oder ob sie untergehen soll, liegt in dem Sinne, in dem die kausale Determiniertheit alles Geschehens es zuläßt, von freiem Willen zu sprechen, in der Menschen Hand. Ob die Gesellschaft ein Gut oder ein Übel ist, mag verschieden beurteilt werden. Doch wer das Leben dem Tode, die Glückseligkeit dem Leid, den Wohlstand der Not vorzieht, wird die Gesellschaft bejahen müssen. Und wer die Gesellschaft und ihre Fortbildung will, muß auch, ohne alle Einschränkungen und Vorbehalte, das Sondereigentum an den Produktionsmitteln wollen.

Vor dem Hintergrund des Gesagten sollte deutlich geworden sein, dass das Fiat-Geldsystem nicht nur die Ursache von Finanz- und Wirtschaftskrisen ist, sondern dass es auch das zentrale Instrument für diejenigen politischen Kräfte ist, die die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umstürzen und ein kollektivistisch-sozialistisches System errichten wollen: Wenn der Staat nicht in der Lage wäre, Kredit, Zinsen und Geldmenge nach Belieben zu verändern, dann würden die Menschen die wahren Kosten der derzeit ablaufenden umstürzlerischen Machenschaften zu spüren bekommen.

Und wenn die Menschen erst einmal die wahren Kosten der politisch angestrebten wirtschaftlichen Transformation für ihr eigenes Leben und das ihrer Familien und Gemeinden unmissverständlich vor Augen haben, dann würde sich vermutlich auch wirkungsvoller Widerstand formieren, der das Potenzial hat,

einem politischen System ein Ende zu setzen, das die individuellen Freiheiten und Rechte schrittweise zerstört. Die Beendigung des staatlichen Geldproduktionsmonopols und die Zulassung eines freien Marktes für Geld ist die effektivste Verteidigung gegen die Entstehung politischer Tyrannei.

Thorsten Polleit ist seit April 2012 Chefvolkswirt der Degussa, Europas größtem Edelmetallhandelshaus. Davor war er als Ökonom 15 Jahre im internationalen Investment-Banking tätig. Thorsten Polleit ist zudem Honorarprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bayreuth, Adjunct Scholar am Ludwig von Mises Institut, Auburn, Alabama, Mitglied im Forschungsnetzwerk „ROME“ und Präsident des Ludwig von Mises Institut Deutschland. Im Jahr 2012 erhielt er den The O.P. Alford III Prize In Political Economy. Thorsten Polleit ist Autor zahlreicher Aufsätze und Bücher: „Ludwig von Mises – der kompromisslose Liberale“ (2018), „Vom Intelligenten Investieren“ (2018), „Mit Geld zur Weltherrschaft“ (2020) und „Der Antikapitalist“ (2020). Die private Website von Thorsten Polleit ist: www.thorsten-polleit.com. Hier Thorsten Polleit auf Twitter folgen.

Quelle: misesde.org